

## VP-Werber warten auf FDJ-Pfingsttreffen

### Teure Reise nach Berlin — Kein Geld und keine Gäste

Berlin (Eigenmeldung). Viele Teilnehmer des FDJ-Pfingsttreffens in Ostberlin werden ihre kostenlose Fahrkarte zum „Festival“ teuer bezahlen müssen: Die Kasernierte Volkspolizei will die Gelegenheit benutzen, um mit „fliegenden Werbebüros“ in großem Stil Rekruten für die KVP zu verpflichten. In allen Bezirken sollen laut Festspielprogramm Vorführungen der einzelnen KVP-Werbergruppen die Jugendlichen anlocken. Außerdem sollen die Teilnehmerkarten später den KVP-Werbekommissionen in der Sowjetzone übergeben werden.

Die ganze Verlogenheit kommunistischer Propaganda gehört schon dazu, angesichts dieser Rekrutenwerbung als eine der Hauptparolen für das Festival die Losung: „Kampf gegen EVG-Verträge, Söldnerformationen und westdeutschen Militarismus“ auszugeben.

Vorerst hat die FDJ allerdings noch „zivile“ Sorgen. Noch immer sind die Kosten für das Pfingsttreffen bei weitem nicht gedeckt. Nach nicht sonderlich erfolgreichen Sammlungen in der Zone sollen im Mai durch öffentliche „Kremserfahrten“, Sportveranstaltungen und Schaubuden-Darbietungen von FDJlern noch Geldmittel hereinkommen. Der Monat Mai wurde zum „Auftakt zum 2. Deutschlandtreffen“ erklärt.

Durch den Geldmangel ist das organisatorische Chaos diesmal weitaus größer als in den vergangenen Jahren. Im FDJ-Zentralrat fürchtet man schon jetzt scharfe Kritik „von oben“ und will deshalb versuchen, durch eine möglichst hohe Zahl von „Freiwilligen“-Meldungen zur Kasernierten Volkspolizei zu glänzen.

Auch die „Gäste“ aus Westdeutschland bereiten Sorgen. Sie denken offenbar nicht daran, an dem kommunistischen Jugendtreffen teilzunehmen.

Von den 20 000 aus Westdeutschland angeforderten Teil-

nehmern haben bisher nur 1500, durchweg FDJler, zugesagt. Die sowjetzonalen FDJ-Gruppen, die die Patenschaft für die west-

deutschen Gäste übernehmen müssen, sollen aber trotzdem das Reisegeld für 20 000 Besucher aufbringen...

In Flugblättern des FDJ-Zentralrates wurde das Festspielprogramm publik gemacht. U. a. sieht es eine Parade-demonstration auf dem Marx-Engels-Platz und eine Abschlußparade vor. Außerdem Parade-generalprobe für die Sportparade, Macht drei Paraden!

## 100 000 Westmark Belohnung für Menschenraub-Aufklärung

Berlin (Eigenmeldung). Der Berliner Senat hat angesichts der letzten Fälle von Menschenraub durch den SSD folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Für die Aufklärung des Menschenraubes und Verrates im Falle Dr. Truschnowitsch und zur Verhinderung weiterer Anschläge auf die Sicherheit der Bürger Westberlins wird eine Belohnung von insgesamt 100 000 DM ausgesetzt. Sie gelangt an alle Personen einschließlich der Bewohner des Ostsektors von Berlin und der sowjetisch besetzten Zone zur Auszahlung, die zur Aufklärung des Verbrechens oder zur Ergreifung der Täter beitragen.

2. Die Teilnahme an der Vorbereitung und Durchführung von Menschenraub in jeder Form ist ein gemeinsames Verbrechen und wird auch nach einer Wiedervereinigung Berlins verfolgt werden. Die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen werden daraufhin überprüft

werden, ob eine Erweiterung der Straftatbestände und eine Verschärfung der Strafen erforderlich ist, wobei gleichzeitig erwartet wird, daß die Gerichte bei Aburteilung von Menschenräubern die Gesetze in voller Strenge anwenden.

Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen fordert in einem Memorandum zusätzliche Strafgesetze, die es möglich machen, künftig jeden SSD-Angehörigen ohne weiteres in Westberlin zu verhaften. Wörtlich heißt es:

„Es muß eine Strafbestimmung geschaffen werden, welche es ermöglicht, schon vor der erkennbaren Vorbereitung oder einem Versuch des Menschenraubes gegen Personen vorzugehen, die sich in Westberlin oder der Bundesrepublik in nicht klar erkennbarer Absicht aufhalten, und gegen die der Nachweis geführt werden kann, daß sie entweder hauptamtlich für den SSD tätig sind oder sich zu Diensten für den SSD verpflichtet haben.“

## Das große Spiel begann

Die Genfer Asienkonferenz hat also doch ihren Anfang genommen. Das wurde in der ganzen Welt mit dem Aufatmen der Erleichterung vermerkt. Denn noch Stunden vorher schien es infolge der umstrittenen Stellung Rotchinas äußerst fraglich, ob die Konferenz wie vorgesehen beginnen würde. Edens diplomatischem Geschick ist es zu verdanken, daß der Start vollzogen wurde.

Man will mit dem Korea-Problem beginnen. Es ist schwierig genug, aber immerhin scheint es doch etwas einfacher lösbar zu sein als das Indochina-Problem. Denn in Korea ist bereits Waffenruhe, während in Indochina verstärkt gekämpft wird. Was die Vertreter Nord- und Südkoreas in den ersten Genfer Sitzungen zu sagen haben werden, wird nicht überraschen. Worauf sich hingegen das Interesse konzentriert, ist der rotchinesische Außenminister Tschu en-Lai. Sein Debut dürfte für die Ansicht und Absicht Peking's aufschlußreich sein. Und um Rotchina geht es, nicht nur um seinen internationalen Status, sondern weit mehr noch um seine Politik in Korea und Südostasien.

Wird der als überaus listenreich charakterisierte Rotchinese eine eigene Note zur Schau stellen oder wird er sich als höriger Vasall des sowjetischen Außenministers erweisen? Das ist die Hauptfrage auf dieser Genfer Konferenz. Molotow hat bis zuletzt — allerdings vergeblich — alles versucht, um Rotchina als völlig gleichberechtigte Großmacht agieren zu lassen. Das hätte er kaum getan, wenn er sich auf Tschu nicht völlig verlassen könnte. Oder steht die sowjetische Politik selbst unter einem gewissen Druck des emporkommenden Rotchina? Die Genfer Konferenz kann eine klare Antwort dieser viel diskutierten Frage bringen. Andererseits ist es aber auch möglich, daß man sich östlicherseits — und damit sind hier Molotow und Tschu en-Lai gemeint — in propagandistischen Deklamationen mit nationalbolschewi-

stisch-asiatischen Tendenzen erschöpft, in einer Rhetorik also, die der praktischen Erfüllung des Konferenz-Programms nicht dient, sondern lediglich in den asiatischen Völkern Stimmung für Peking-Moskau machen will.

Die Aufgabe der Genfer Konferenz soll es sein, die Brandherde in Ostasien zu beseitigen und in diesem spannungsreichen Raum eine neue und sichere Ordnung zu schaffen. Macht und Recht werden bei der Lösung dieser Aufgabe zwangsläufig in harten Streit geraten. Das wird in Genf wie schon vorher in Berlin das Drama der Konferenz sein. Das Recht, von dessen Durchsetzung die gute Lösung abhängt, kommt am sichersten zur Geltung, wenn es in freier und voller Harmonie mit dem Willen der betroffenen Völker die erstrebte neue Ordnung bestimmt. Wenn man sich über diesen Grundsatz nicht einigen kann, über das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker, dann wird man sich über nichts einigen können. Das gilt für die Genfer Konferenz ebenso wie es vorher für die Berliner Konferenz gegolten hat. In der Anerkennung dieses Grundsatzes durch alle beteiligten Mächte liegt die Lösung des koreanischen und indochinesischen

Konflikte ebenso wie in ihr auch die Lösung der Deutschlandfrage liegt.

In Berlin hat die Sowjetunion den Grundsatz freier deutscher Selbstbestimmung zur Lösung der Deutschlandfrage nicht anerkannt. Wird sie ihn in Genf für Korea und Indochina gelten lassen?

Eine Weltkonferenz unter Ein-schluß Rotchinas, die sich mit der Bereinigung dieser Konflikte befassen sollte, war im vergangenen Jahr das oberste diplomatische Ziel Moskaus. An der Berliner Konferenz über die Deutschlandfrage waren die Sowjets nur indirekt und nur insoweit interessiert, als sie erwarteten, auf diesem Wege zu der angestrebten Fernost-Konferenz zu kommen. Sie hatten diese Konferenz immer als das beste Mittel empfohlen, um über „globale“ Lösungen zu einer Entspannung der Weltlage zu gelangen. Korea, Indochina, Anerkennung Rotchinas, Ost-West-Handel, Deutschlandfrage, Österreich, Abrüstung —, das war die taktische Reihenfolge, die der Kreml empfahl. Die von ihm gewünschte Konferenz ist nun da, und die Sowjets mögen nun zeigen, ob der von ihnen empfohlene Weg zu besseren Ergebnissen führt.

## Das Sowjet-Budget

Es hat diesmal lange gedauert, bis die Sowjetregierung endlich den Voranschlag für das Jahr 1954 bekanntgab. Die Staatsausgaben der Sowjetunion sollen danach von 530 Mrd. Rubel im Vorjahr auf 572 Mrd. im laufenden Jahr steigen. Die Umrechnung in DM nach dem von den Sowjets festgelegten offiziellen Phantasekurs des Rubels würde die ungeheure Summe von annähernd 600 Mrd. DM ergeben. Im Vergleich dazu könnte selbst der amerikanische Bundesetat von fast 300 Mrd. DM (70 Mrd. Dollar) gering erscheinen; doch der sowjetrussische Staatshaushalt kann mit keinem Haushaltsplan der westlichen Staaten verglichen werden. Einmal hat der Rubel auf vielen Gebieten nicht die inländische Kaufkraft, wie ihn die künstlichen Wechselkurse vortäuschen sollen. Zweitens wird ein viel größerer Teil des gesamten Volkseinkommens als in den westlichen Staaten

über das sowjetische Budget gelenkt.

Wenn man den Angaben des Moskauer Finanzministers glauben darf, wurden die sowjetischen Verteidigungsausgaben von 110 Mrd. im Vorjahr (114 Mrd. 1952) auf 100 Mrd. im laufenden Jahr gesenkt. Der Prozentsatz der Ausgaben für die „Landesverteidigung“ ist noch stärker gefallen, nämlich von 20,8 Prozent im Vorjahr auf 17,8 Prozent in diesem Jahr. Es ist unmöglich, aus diesen Zahlen auf die tatsächlichen Rüstungsausgaben in der Sowjetunion zu schließen; denn es handelt sich bei den öffentlich ausgewiesenen Ausgaben für die Verteidigung in der Sowjetunion immer nur um die direkten Aufwendungen für die Streitkräfte, während die Ausgaben für den Aufbau der Rüstungsindustrie verschleiert im „wirtschaftlichen Haushalt“ enthalten sein dürften.

## Schwarze Tage für Schwarzhändler

Berlin (Eigenmeldung). Dem Zollfahndungsdienst gelang in diesen Tagen ein großer Schlag gegen eine ausgedehnte Kaffeeschmuggler-Organisation, deren Hauptlager sich im Ostsektor befindet. Im Verlauf der Fahndung konnten rund 30 Personen festgenommen werden. Der Zollfahndungsdienst wurde durch die Aussagen eines ehemaligen Arbeiters der Ostberliner Schwarzhandels-Zentrale auf die Spur gebracht.

Zur Zeit befinden sich mit Wissen der Ostberliner Behörden in Ostberlin drei große Schmuggellager in der Lüderitz-, Schlegel- und Lichtenberger Straße.

## NATO: Pankow nicht souverän!

Anerkennung abgelehnt · Keine Änderung der Sowjetpolitik

Paris (AP/DPA). Die Außenminister der 14 Atlantikpakt-Staaten haben sich auf ihrer Pariser Tagung dafür ausgesprochen, die sowjetzonale Regierung nicht als souverän anzuerkennen. Die Regierungen der 14 Staaten wurden ersucht, auch keine Verhandlungen mit Vertretern der sowjetzonalen Regierung auf der Basis der Gleichberechtigung zu führen.

In einem nach Abschluß der eintägigen Konferenz veröffentlichten Kommuniqué heißt es, die Außenminister seien zu der Ansicht gelangt, daß bisher keine Änderung der Ziele der sowjetischen Politik festzustellen sei.

## Holländische Wahlen

Den Haag (DPA). Bei den Wahlen für die holländischen Provinziallandtage ist die Katholische Volkspartei mit 31,5 Prozent der abgegebenen Stimmen als stärkste Partei hervorgegangen. Zweitstärkste Partei sind die Sozialisten. Sie erhielten 29,4 Prozent.

## Keine Antwort an Semjonow

Bonn (DPA). Die westlichen Oberkommissare werden, wie von alliierter Seite verlautet,

## Schlag gegen FDJ-Tarngruppen

Festnahmen bei der „Aktion Fassade“

Kiel (DPA). Die Polizei in Schleswig-Holstein führte einen überraschenden Schlag gegen fünf Tarn- und Nachfolgeorganisationen der verbotenen kommunistischen FDJ. Mehrere Personen wurden festgenommen. Gegen die beiden Haupttätsführer wurde wegen Staatsgefährdung und Geheimbündelei Haftbefehl erlassen. Bei 36 Haussuchungen wurde wichtiges Material sichergestellt.

Die „Aktion Fassade“ wurde nach wochenlangen Beobachtungen und Ermittlungen und auf Grund der Geständnisse der beiden Spitzfunktionäre, des 22 Jahre alten Gerhard Graw, der sich „Robert“ nannte, und des 27jährigen Willibald Glatzka

mit dem Tarnnamen „Soppel“ eingeleitet. „Robert“ und „Soppel“ waren nach achtjähriger Fahndung vor dem Kieler Hauptbahnhof verhaftet worden.

## Roter „Jan“ aus Bernau

Flensburg (DPA). Das Flensburger Landgericht verurteilte den 22jährigen Angestellten Günther Wuttke aus Berlin-Bernau wegen Rädelsführerschaft in einer illegalen verfassungsfeindlichen Organisation zu 16 Monaten Gefängnis. Wuttke war Funktionär der verbotenen FDJ in Schleswig-Holstein gewesen. Nach verschiedenen Lehrgängen auf politischen Schulen in der Sowjetzone war er von 1951 an in Düsseldorf, Essen und Nürnberg hauptamtlicher Funktionär des Zentralrats der FDJ. 1953 kam er nach Schleswig-Holstein, wo er unter dem Decknamen „Jan“ an maßgeblicher Stelle tätig war. Wuttke bezog für seine Tätigkeit monatlich 400 DM West und 500 DM Ost.

Münster (DPA). Unter dem Verdacht, Mitglied der FDJ zu sein, wurden vier Jugendliche während eines kommunistischen Jugendtreffens am Halterner Stausee in Westfalen festgenommen.

## Erster Hochverratsprozeß vor dem Bundesgerichtshof

Karlsruhe (DPA/AP). Der erste Hochverratsprozeß vor dem Bundesgerichtshof begann in Karlsruhe. Angeklagt sind der 31 Jahre alte Techniker Horst Reichelt und der 34 Jahre alte Dreher Herbert Beyer, beide aus Salzgitter-Lebenstedt. Die Angeklagten erklärten zu Beginn ihrer Vernehmung, daß sie in „Karl-Marx-Stadt“ (Chemnitz) geboren seien. Sie werden beschuldigt, 1952 als Sekretäre der KPD - Kreisleitung Salzgitter Druckschriften und Flugblätter besonders über das kommunistische Programm der „Nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“ verbreitet zu haben.

Die Schriften enthielten schwere Ehrenkränkungen der

Bundesregierung und forderten zu außerparlamentarischen Aktionen auf, um das „Adenauer-Regime“ zu stürzen. Die Anklage wirft ihnen vor, mit ihrer Tätigkeit bewußt den von den Machthabern der Sowjetzone verfolgten Plan des gewaltsamen Umsturzes mit dem Ziel der Errichtung einer Gewaltherrschaft unterstützt zu haben.

## Ohne Visum

Bonn (DPA). Für Angehörige der Bundesrepublik ist jetzt die Einreise nach zehn Ländern visumfrei. Es sind dies: Belgien, Griechenland, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Schweiz, Türkei, Frankreich (vom 15. Mai an) und Österreich (vom 17. Mai an).

## Säuberung in der Sowjetbotschaft

Fall Petrow traf ins Schwarze — Abbruch der Beziehungen

Canberra (AP/DPA). Die Flucht des ersten Sekretärs der sowjetischen Botschaft in Australien, Petrow, der die australische Regierung in der vergangenen Woche um Asyl bat, hat Moskau empfindlich getroffen. Petrow war über das gesamte sowjetische Spionagenetz in Australien genau informiert und brachte alle Unterlagen darüber mit.

Zunächst wurden die ehemaligen Mitarbeiter Petrows nach Moskau zurückberufen. Es waren der Attaché Platkais, der TASS-Korrespondent Antonow, der Handelsattaché Kowalew und der Presseattaché Kharikowetz. Botschafter Generalow erkrankte an einem nervösen Magenleiden.

Inzwischen hat die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen zu Australien abgebrochen. In einer Note zum Fall Petrow teilte die Sowjetunion der australischen Regierung mit, daß das gesamte Botschaftspersonal in Australien abberufen wird und daß „ein weiteres Verbleiben des Personals der australischen Botschaft in Moskau unter diesen Umständen unmöglich ist“. In der Note wird ferner die Auslieferung des geflüchteten sowjetischen Botschaftssekretärs

Petrow und seiner Frau gefordert.

Kurz vor Übergabe der sowjetischen Note hatte die australische Regierung ihrerseits in einer Note erklärt, sie könne dem sowjetischen Verlangen nach Auslieferung Petrows nicht nachkommen.

Die fünf australischen Diplomaten, die nach dem Abbruch

der Beziehungen durch die Sowjetunion innerhalb von drei Tagen Moskau verlassen sollten, haben von den Sowjets noch nicht die nötigen Reisepapiere bekommen. In diplomatischen Kreisen wird das sowjetische Vorgehen als beispiellos bezeichnet.

Die Interessen Australiens in der Sowjetunion wird Großbritannien wahrnehmen, die Vertretung der Sowjetunion in Australien übernimmt Schweden.

## Deutschland und die UN

Bonn (DPA). „Ich halte einen Eintritt der Bundesrepublik in die Vereinten Nationen nach der Ratifizierung der Verträge für durchaus möglich und nötig“, erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer in einem Interview mit der Athener Zeitung „Ethnikos Kirix“. Mit dem Inkrafttreten der Deutschland-Verträge werde die Bundesrepublik ganz in die freie Welt einbezogen. Ein deutscher Aufnahmeantrag in die UN dürfte dann keinen Widerstand der Westmächte finden.

### Sowjets boykottieren Atom-Ausschuß

New York (DPA/AP). Der neue UN-Abrüstungsausschuß, dessen Bildung die Abrüstungs-

kommission gegen sowjetischen Widerstand beschlossen hatte, trat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Dem Ausschuß, der Maßnahmen zur Kontrolle der Wasserstoffbombe und anderer Atomwaffen prüfen soll, gehören die drei Westmächte, die Sowjetunion und Kanada an.

Bereits vor der Abstimmung hatte jedoch der sowjetische UN-Delegierte Wyschinski angekündigt, daß seine Regierung den Ausschuß boykottieren werde, falls ihm nicht auch Rotchina, Indien und die Tschechoslowakei angehören. Diese sowjetische Forderung wurde jedoch von der Abrüstungskommission der UN mit neun Stimmen gegen die Stimme der Sowjetunion abgelehnt.

## Prozeß gegen Sowjet-Spione

Vardö (AP). Der erste Prozeß gegen ein Mitglied des im letzten Jahr in Norwegen zerfallenen sowjetischen Spionagerings hat in Vardö begonnen. Angeklagt ist der sowjetische Staatsbürger norwegischer Abstammung Edwin Bernharowitsch Hansen.

### Mal so, mal so

Genf (AP/DPA). Die Schweizer Polizei riß am Donnerstag wieder die Stacheldrahtzäune ab, die sie am Vortag um die Villen der zur Genfer Konferenz eingetroffenen Außenminister Sowjetrußlands, Nordkoreas und Rotchinas errichtet hatte. Fünf Waggonladungen Stacheldraht waren zu diesem Zweck auf

Wunsch der östlichen Sicherheitsbeamten herangeschafft worden. Die Sowjets erklärten jedoch urplötzlich, daß ein Stacheldrahtzaun nicht erwünscht sei, worauf auch die Chinesen und die Nordkoreaner sofort beschlossen, die Zäune um ihre Villen wieder abreißen zu lassen.

### Ferien im Nachbarland

Bonn (AP). Die „Internationale Bürgermeistereiunion für deutsch-französische Verständigung und europäische Zusammenarbeit“ will in diesem Jahr erstmals etwa 1000 jungen Deutschen einen längeren Ferienaufenthalt in Frankreich und ebenso vielen jungen Franzosen einen Ferienaufenthalt in Westdeutschland vermitteln.

### Aus eigener Anschauung

Berlin (Eigenmeldung). In einer ergebnisreichen Studienwoche bot der Landesverband Berlin der Jungen Union 20 Mitgliedern christlich-demokratischer Parteien Hollands vom 16. bis 23. April Gelegenheit, sich mit den Problemen der Sowjetzonen - Bevölkerung und der Berliner vertraut zu machen.

Auf Grund ihrer Berliner Erfahrungen wollen die Holländer jetzt weite Kreise ihres Landes über die ideelle und materielle Not der Menschen im sowjetischen Einflußbereich unterrichten, um noch mehr Hilfsmaßnahmen aller Art zu mobilisieren.

# Sklavenaufstand am Nördlichen Eismeer

## Bericht vom Streik in der sowjetischen Lagerstadt Workuta

Ein halbes Jahr dauerte es, bis die Kunde vom Streik in der sowjetischen Lagerstadt Workuta zu uns drang. Aber nun kann es keinen Zweifel mehr geben, daß das Unglaubliche geschehen ist: In der Sowjetunion wurde gestreikt. Einige Wochen, nachdem die mitteldeutschen Arbeiter ihre „Regierung“ in die Mauselöcher gejagt hatte, erhoben sich Tausende von Sklavenarbeitern, vereinigten sich „Proletarier aller Länder“ zu einer Aktion, deren ganze Bedeutung nur zu begreifen ist, wenn man bedenkt, daß sich das Geschehen in einem halbarktischen „Besserungslager“ abspielte.

Dieses Workuta liegt fast 3000 Kilometer nordöstlich von Moskau. Zar Nikolaus I. hat einmal gesagt, als man ihm den Vorschlag machte, in jener Gegend Verbannte anzusiedeln, man könne keinem Verbrecher zumuten, dort am Nördlichen Eismeer zu leben. Aber die kleinlichen Bedenken eines Zaren waren für den marxistischen Realismus vollends gegenstandslos, als man erfuhr, daß es in jener Gegend Kohle gibt.

Wo früher der friedliche Nomadenstamm der Komi Rentiere züchtete, leben heute rund 300 000 Menschen unter Umständen, die sich ein Sklave aus der Zeit des Spartakus nur schwerlich hätte vorstellen können.

### In einer Höhle

Zwei Deutsche sind kürzlich aus Workuta zurückgekehrt, der Arzt Dr. Scholmer und eine Journalistin, Brigitte Gerland. Beide berichten unabhängig voneinander und ziemlich übereinstimmend. Von ihnen erfahren wir, daß man Menschen aller erdenklichen Nationalitäten unter den Häftlingen trifft.

Für die jüngsten Entwicklungen in diesen Lagern war es von größter Bedeutung, daß man 1943 die politischen Gefangenen von den kriminellen abzusondern begann. Nun hatten die Feinde des Sowjetregimes zum ersten Male Gelegenheit, miteinander enger in Beziehung zu treten. Zunächst bildeten die einzelnen Nationalitäten kleine Führungskader, deren Aufgabe es ist, innerhalb der einzelnen Gruppen Solidaritätsaktionen zu organisieren.

Bei den Balten, Kaukasiern, Mongolen und anderen im Verband der UdSSR lebenden Minderheiten bildet die Abneigung gegen die Großrussen ein we-

sentliches Moment der Einigkeit. Auch ideologisch bestehen gewisse Gegensätze zwischen den Russen und den anderen, vor allem den Westukrainern, die in Workuta die stärkste Gruppe bilden. Die Russen, obwohl alle erbitterte Feinde des Systems, sind zum großen Teil radikale Sozialisten. Eine führende Rolle spielen hier die Studenten, die sich auf vorrevolutionäre Ideen Lenins berufen.

Es erinnert an die Zeiten Bakunins und Dostojewskis und die größte revolutionäre Tradition Rußlands, daß diese Studenten in bestem Einvernehmen mit der anderen russischen Gruppe leben, mit den Religiösen. Die Berliner Journalistin Brigitte Gerland berichtet von der Begegnung junger Kommunisten mit dem Evangelium. Eine Missionstätigkeit spielt sich hier in ähnlicher Weise ab wie zu den Zeiten der Urkirche.

Bei den politisch meist konservativeren Gruppen anderer Nationalität treten natürlicherweise diese weltanschaulichen Gesichtspunkte hinter den nationalen Interessen zurück. Die genannte Kristallisierung der Widerstandskraft bildet eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Vorgänge, die sich im Juli 1953 in Workuta abspielten. Eine weitere bedeutende Voraussetzung war natürlich der Tod Stalins.

### Der 17. Juni

Der deutsche Volksaufstand vom 17. Juni wurde, obwohl den Gefangenen nur die offiziellen Nachrichten der „Prawda“ zugänglich waren, durchaus in seiner Bedeutung erkannt. Man wußte sofort, daß es sich hier um einen spontanen Ausdruck des Volkswillens handelte.

Eines Tages sprach es sich in den Lagern herum, daß der

7. Schacht streike. Dr. Scholmer berichtet, daß dieser Streik von Gefangenen ausgelöst worden sei, die aus einem anderen klimatisch etwas günstiger gelegenen Lager nach Workuta gebracht worden waren. Man hatte sie durch bestimmte Versprechungen zur freiwilligen Meldung veranlaßt. Die Gefangenen hatten in Karagenda als „Halbfreie“ zumeist Bauarbeiten verrichtet. Sie sollten nun in Workuta den Status freier Arbeiter erhalten. Statt dessen wurden sie nun wie die anderen als Gefangene betrachtet und mußten unter Tage, in den zum Teil nur 60 Zentimeter hohen Stollen liegend arbeiten. Die Leute aus Karagenda organisierten einen Streik, dem sich die Häftlinge von Workuta anschlossen.

### 12 000 im Streik

Der Streik breitete sich in wenigen Tagen auf etwa 12 000 Sklavenarbeiter aus und hätte wahrscheinlich noch sehr viel mehr an Boden gewonnen, wenn es der MWD nicht gelungen wäre, in letzter Minute die Streikleitung des Schachtes 1 zu verhaften. Tatsächlich haben der 7., der 14., der 29. und der 6. Schacht gestreikt. Im Lager des 29. Schachtes kam es einige Tage nach Ausbruch des Streikes zu blutigen Zwischenfällen. Die Arbeiter dieses Lagers hatten eine eigene Verwaltung gebildet und forderten den Kommandanten auf, seine Truppen aus dem Lager herauszuziehen, was tatsächlich auch geschah. Die Gefangenen formierten eine eigene Miliz, die die Ordnung im Lager aufrecht erhielt. Bald darauf erschienen jedoch Truppen, denen der Befehl erteilt worden war, das Lager 29 zurückzuerobern. Dabei wurden 64 Gefangene getötet.

Die Lagerleitung stand dem Phänomen eines Massentreiks ziemlich ratlos gegenüber und reagierte — ähnlich wie die Rote Armee am 17. Juni — weniger bestimmt als man zunächst annehmen mußte. So wurden den Häftlingen tatsächlich einige Zugeständnisse gemacht.

## MWD befahl Mord an Exilrussen

Sowjetischer Stabsoffizier stellt sich den Amerikanern

**Bonn (Eigenbericht).** Drei Agenten der sowjetischen Staatspolizei MWD, die auf Befehl Moskaus den russischen Emigrantenführer Okolowitsch in Frankfurt/M. ermorden sollten, haben sich freiwillig den amerikanischen Behörden im Bundesgebiet gestellt und um Asyl gebeten.

Der Leiter der Gruppe, MWD-Stabsoffizier Koklow, und seine beiden deutschen Helfer Kukulowitsch und Weber enthüllten in einer Pressekonferenz im Schloßchen Deichmannsau bei Bad Godesberg vor 150 Journalisten den sowjetischen Attentatsplan.

Koklow erklärte, daß zwischen seinem Mordauftrag an Okolowitsch, dem Fall Truschnowitsch in Westberlin und der vom MWD versuchten Entführung der Frau des sowjetischen Botschaftssekretärs in Australien, Petrow, enge Zusammenhänge bestehen. Diese seien Teile eines großen weltweiten Planes des sowjetischen Geheimdienstes gegen jede Art einer russischen Befreiungsbewegung.

Im November 1953 wurden die Agenten in Moskau für das Attentat vorbereitet. Sie wurden im Nahkampf ohne Waffen, im Autofahren und im Pistolen-schießen ausgebildet. Im Februar trafen sie über Österreich

und die Schweiz in Frankfurt ein. Die Mordwaffen wurden von einem sowjetischen Kurier von Österreich in die Bundesrepublik gebracht.

Bei diesen Waffen handelt es sich um zwei handelsüblich aussehende Pistolen und zwei „Zi-

garetteneufus“ (getarnte Pistolen) sowjetzonaler Produktion, die mit besonderen Schalldämpfern ausgestattet sind. Wenn man sie öffnet, erscheinen Zigarettenspitzen. In dem Augenblick, in dem das Opfer zugreift, genügt ein leichter Druck, um den tödlichen Schuß auszulösen. Die getarnten Pistolen verursachen dabei nur ein leichtes Geräusch. Als Ladung wurden den Agenten drei verschiedene Arten von Geschossen mitgegeben, von denen eines mit einer unbedingt tödlichen Dosis Zyankali gefüllt war.

## Ulbricht hörte den RIAS ...

... und zwei Funktionäre flüchteten

**Berlin (DPA).** Aus einem bisher einmaligen Grunde mußten, wie der Untersuchungsausschuß freihändlerischer Juristen mitteilt, zwei Referenten des Sowjetzonen-Ministeriums für Maschinenbau, Joachim Skolaude und Fredy Schulze, nach Westberlin flüchten.

Sie waren verantwortlich für die Aufstellung von Rundfunkgeräten auf der Ostberliner Ausstellung „Maschinenbauer auf neuem Kurs“. Ausgerechnet während des Besuchs des ersten

SED-Sekretärs Walter Ulbricht in der Ausstellung erklang über die dort aufgestellten Radioapparate in voller Lautstärke das RIAS-Programm. Eine sofort von Ulbricht angeordnete Untersuchung durch den SSD verlief zwar ohne Ergebnis, doch befürchteten die beiden für die Aufstellung der Geräte verantwortlichen Referenten ihre Verhaftung und flohen in die Westsektoren.

## Paulus als VP-Ausbilder

**Bonn (AP).** Der ehemalige Oberbefehlshaber der 6. deutschen Armee bei Stalingrad, Generalfeldmarschall Paulus, ist, nach zuverlässigen Berichten, mit der Ausbildung des Offizierskorps und der Offiziersanwärter bei den sowjetzonalen „nationalen Streitkräften“ beauftragt worden.

## Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Waschulzik, Günter, etwa 23 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Greifswald im Internat der Arbeiter- und Bauern-Fakultät, Mitglied der SED und FDJ, zuletzt Student.
2. Wegner, Adolf, etwa 32 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Zeetze, Kr. Hagenow, Mitglied der SED, Funktionär der Nationalen Front.
3. Weißenborn, Wanda, etwa 25 Jahre alt, früher wohnhaft in Leipzig, zuletzt wohnhaft in Weimar, Röhrstraße 13, von Beruf angeblich Serviererin, zeitweilig ohne Berufsausübung.
4. Wendt, etwa 48 Jahre alt,

zuletzt wohnhaft in Brühl, Kr. Wismar, Mitglied der SED, Mitglied verschiedener Massenorganisationen, 1. Vorsitzender des sog. Volkskontrollausschusses gewesen, von Beruf Trichinenbeschauer.

5. Winkler, etwa 30 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Niederseifersdorf, Kr. Niesky, Mitglied der SED und verschiedener Massenorganisationen, Funktionär der SED, zuletzt beruflich tätig als Schlosser in Waggonfabrik LOWA.
6. Ziegler, Karl, etwa 50 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Eisenach, Kasseler Straße, Mitglied der SED, zuletzt Ermittler beim Sozialamt,

## Neues Semester

Die deutsche Hochschule für Politik beginnt am 3. Mai mit dem Sommersemester. Gasthörer können sich noch bis zum 17. Mai anmelden.

## Zuchthaus für Vopos

**Berlin (DPA).** Sieben Angehörige der kasernierten Volkspolizei wurden von Sonderstrafsenaten verschiedener Bezirksgerichte der Sowjetzone zu insgesamt 75 Jahren Zuchthaus verurteilt. In allen Fällen waren die Volkspolizisten angeklagt, „Spionage zugunsten imperialistischer Nachrichtendienste“ getrieben zu haben.

# Boxmeister Franz Diener floh nach Westberlin

## Er wollte kein roter Sportfunktionär werden

Berlin (Eigenmeldung). Wieder ist ein prominenter Sportler aus der Sowjetzone nach dem Westen geflüchtet, weil er sich nicht dazu hergeben wollte, den Sport zum Werkzeug kommunistischer Politik zu degradieren: Der frühere Deutsche Box-Schwergewichtsmeister Franz Diener ist nach Westberlin geflüchtet, weil ihm in ultimativer Form nahegelegt worden war, eine führende Position im sowjetzonalen „Deutschen Sportausschuß“ zu übernehmen.

Der 53jährige frühere Schwergewichtsmeister, der in Bibra in Thüringen lebte, war 1952 wegen Wirtschaftsvergehens zu einundeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Seinerzeit hatte sich Max Schmeling in einem Brief an Pieck mit der Bitte um Begnadigung Dieners gewandt.

Nachdem Diener ein Jahr im Gefängnis gesessen hatte, wurde ihm die restliche Strafe mit Bewährungsfrist erlassen. Als er sich jetzt weigerte, eine Funktion im Sportausschuß zu übernehmen, wurde ihm mitgeteilt, er müsse unter diesen Umständen die Reststrafe eventuell doch noch verbüßen.

Über den Grund seiner Verurteilung berichtete der Geflüchtete: Für seine private Würstfabrik waren ihm mehrere Schweine zugeteilt worden. Zur Überraschung der Erfassungsstelle hatte er mehr

Würst angeboten als vorgeschrieben. Da für einen solchen Fall keine Bestimmungen bestanden, wurde Diener empfohlen, das Übersoll nach Belieben zu verwenden. Er stiftete daraufhin über einen Zentner Würst für eine Amateur-Boxveranstaltung. Deshalb wurde er von SED-Funktionären an-

gezeigt. Ein Chemnitzer Gericht verurteilte ihn mit der Begründung, daß er „größere Wurstmengen der Volksernährung entzogen“ habe.

Den Titel als Deutscher Meister im Schwergewicht hatte sich Diener, damals noch Fleischer-Geselle, am 13. Juni 1926 von Paul Samson-Körner geholt, den er nach Punkten schlug. 1928 verlor er den Titel an Schmeling. Als er seine Boxerlaufbahn beendete, kaufte er sich in Stettin ein Café. Nach dem Kriege eröffnete er in seinem thüringischen Heimatstädtchen Bibra einen Fleischwarenbetrieb.

## Es gibt so Unterschiede...

Eine kleine und sonst ganz unwichtige Meldung ging dieser Tage durch die Zeitungen: Die amerikanischen Luftwaffenoffiziere, die während der Genfer Konferenz aus Gründen der Flugsicherheit die sowjetischen Militärmaschinen vom Flugplatz Schönefeld in die Schweiz begleiten, verständigen sich mit den sowjetischen Piloten ausschließlich durch Zeichensprache. Nur einen amerikanischen Aus-

druck kennen die Sowjets: „O. K.“

Überall ist das so in der Welt. Selbst wo man sonst keinen Brocken amerikanisch versteht, „O. K.“ kennt man — und das heißt „in Ordnung“, drückt kurze, sachliche Zustimmung aus. Mit dem „O. K.“ kann sonst nur noch ein einziges Wort an internationaler Berühmtheit konkurrieren: Auch ohne russisches Wörterbuch weiß man überall, was „Njet“ heißt. Wo einer mit Betonung „Njet“ sagt, will er zeigen, daß er möglichst unfreundlich „Nein“ meint.

Es gibt so Unterschiede... Und es lohnt immerhin, festzustellen, daß die Sowjetunion mit großem „Njet“ im internationalen Sprachschatz vertreten ist, während das verbindliche „O. K.“ aus dem angeblich so feindseligen Westen stammt. In dem Kapitel „Völkerverständigung“ wäre das immerhin eine Fußnote wert.

## HO-Musik nach Norm

Berlin (Eigenmeldung). Die Zentralleitung der HO hat jetzt die HO-Gaststätten angewiesen, bei der Aufstellung von Programmen für Unterhaltungsmusik mindestens zu 40 Prozent Werke sowjetischer Komponisten aufzunehmen.

## Die „Aktion S“

Aktion S: das ist das neueste „tollwütige Verbrechen der amerikanischen Kriegstreiber“ — von der sowjethörigen Presse Ostberlins enthüllt und in größter Aufmachung berichtet. Mit Hilfe von Atomkraft soll das Siebengebirge so gesprengt werden, daß „die durch die Sprengung ausgelöste Flutwelle des Rheins mit einer Stundengeschwindigkeit von 80 km über die industriell und landwirtschaftlich erschlossenen Gebiete hinwegrasen“ und das ganze herrliche Land verwüsten würde. Die Unterlagen dieses ungeheuerlichen Planes seien bereits vom Pentagon an die Bonner Regierung weitergeleitet.

Diese kommunistische „Ent-hüllung“ wird, wenn sie am Rhein bekannt wird, keineswegs Schrecken, sondern von Basel bis Rotterdam schallendes Ge-

lächter auslösen. Vor einigen Jahren war die teuflische Ver-nichtung nach den Meldungen der gleichen kommunistischen Zeitungen durch Sprengung der Lorelei geplant, später wiederum durch Errichtung eines riesigen Staudammes in Holland. Ob nun so oder so geplant: die aufgestaute Wasserwüste ist ein physikalischer Quatsch, der nicht gut überboten werden kann. Das ist nicht mehr dumm und nicht mehr verrückt, sondern idiotisch, — sowjetische Erfindung aus der Tundra, wo solche Meldungen offenbar noch ein gültiges Mittel der Politik sind. Daß sie dann (gewiß auf sowjetischen Befehl) auch in deutschgeschriebenen Zeitungen erscheinen können, das würde eine Beleidigung sein, wenn es nicht eben sowjetische Propaganda wäre.

## Madame steht an der Spitze

Die weiblichen Delegierten bei den UN

Langsam aber stetig wächst die Zahl der Frauen, die ihre Länder bei den UN vertreten. Nicht weniger als 26 weibliche Delegierte gehören bereits der gegenwärtigen 8. UN-Vollversammlung an, das ist die höchste Zahl von Frauen, die jemals als Mitarbeiter in dieser großen internationalen Körperschaft tätig waren.

Die höchste und einflußreichste Stellung unter den Frauen bei den UN bekleidet Madame Vijaya Lakshmi Pandit aus Indien. Mit ihrer Wahl zur Vorsitzenden bei der 8. Vollversammlung hat erstmals eine Frau die Leitung der Generalversammlung der Vereinten Nationen übernommen. Madame Pandit, eine zarte, silberhaarige Frau, die stets ihre malerischen Saris trägt, gehört zweifellos zu den bedeutendsten Persönlichkeiten in der heutigen Weltpolitik.

Madame Pandit war bereits in der Zeit zwischen 1946 und 1948 sowie im Jahre 1952 die Vorsitzende der indischen Delegation bei den UN und war vorher als indische Botschafterin in Moskau, in den USA und in Mexiko tätig.

Die übrigen weiblichen Delegierten bei den UN repräsentieren 18 Länder. Auch sie können fast durchweg auf politische und diplomatische Erfahrungen zurückblicken. Einige von ihnen waren Parlamentsmitglieder oder Angehörige der Legislative ihrer Länder, wie z. B. die Vertreterinnen Schwedens, Uruguays und der USA; fünf weitere Länder haben Juristinnen in die UN entsandt. Als Kulturattaché in Madrid war die kubanische Delegierte tätig, ihre kanadische Kollegin hat sich durch ihre Arbeit in verschiedenen Frauenorganisationen ihrer Heimat einen Namen gemacht, und Griechenland schließlich entsandte Frau Lina P. Tsaldaris, die Witwe des verstorbenen griechischen Premiers, in die UN.

Einige der weiblichen UN-Delegierten haben auch schon bei den vorhergehenden Generalversammlungen mitgearbeitet. Neben den offiziellen Vertreterinnen der einzelnen Länder gibt es eine ganze Reihe von Frauen, die beratende Stellungen bei ihren jeweiligen UN-Delegationen bekleiden.

## Musikprofessor setzte sich ab

Zwei Jahre genügten ihm ...

Prof. Georg Toennessen, der bis vor kurzem eine Professur an der Ostberliner Hochschule für Musik innehatte, ist jetzt mit seiner Familie nach Westberlin geflüchtet. Toennessen war erst vor zwei Jahren aus der Bundesrepublik nach Ostberlin gezogen, um dort die Professur zu übernehmen. Bis dahin hatte er an einer Musikhochschule in Coburg gewirkt.

## Bücher aus der Schweiz

Über 7700 Bücher haben Schüler von 24 Schweizer Mittelschulen auf Anregung der Schweizer Europahilfe für die deutsche Flüchtlingsjugend gespendet.

## Fernsehen zwischen Kontinenten

Besitzer von Fernsehempfängern in New York, Philadelphia oder Chicago werden bald in der Lage sein, Fernsehsendungen zu empfangen, die von Stationen in Hamburg, Birmingham, Turin, Paris oder anderen europäischen Staaten ausge-

## Schwerste Kirchenverfolgung

In einem Schreiben an die katholischen Bischöfe Deutschlands hat Papst Pius die gegenwärtige Verfolgung der Kirche im Osten als die schwerste ihrer Geschichte bezeichnet.

„In der Tat“, so schreibt er, „macht innerhalb des bolschewistisch-kommunistischen Bereichs die fast übermenschlich raffinierte Ausnutzung der technischen und gesetzlichen Mittel, die der Staatswillkür zu Gebote stehen, wenn sie die Kirche vernichten will, deren Verfolgung wohl zur gefährlichsten, die je über sie hereingebrochen ist.“

strahlt werden. Das war das Ergebnis, zu dem 448 europäische und amerikanische Fernsehfachleute bei einer Tagung in Mailand angesichts der großen technischen Fortschritte des Fernsehens kamen. Die technische Durchführung eines Fernsehprogramms zwischen den Kontinenten ist mit Hilfe des auch in der Bundesrepublik eingerichteten Relais-Systems (Übertragung von Fernsehern zu Fernsehturm) möglich. Der „Sprung“ über den Atlantik soll mit Hilfe eines Kabels bewältigt werden.

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.